

JANUSZ REITER

Die Ostpolitik der Europäischen Gemeinschaft nach der deutschen Vereinigung

Ich danke Ihnen für das mir angetragene Referat und die mir angebotene Formulierung des Themas. Es lautet nämlich: „Die Ostpolitik der europäischen Gemeinschaft nach der deutschen Vereinigung.“ Das ist ein Thema, das man einem Insider anbietet, ich bin zwar noch keiner, aber betrachte das als einen Vertrauensvorschuß und nehme das gerne an. Bitte gestatten Sie, daß ich trotzdem noch aus der Perspektive eines Landes sprechen muß, das sich erst um die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft bewirbt. Ich werde versuchen darzulegen, warum sich das Land darum bewirbt und warum ich glaube, daß das Land gute Gründe dafür hat, sich darum zu bewerben und warum ich glaube, daß auch die Europäische Gemeinschaft, und ich meine damit besonders auch Deutschland, gute Gründe hat, darüber im Ernst nachzudenken.

Ich wollte meinen Vortrag eigentlich ursprünglich mit einigen Ausführungen über die europäische Identität Polens beginnen; über die Frage, wie westlich Polen eigentlich sei. Aber unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Tage, gestern und vorgestern, habe ich den Plan geändert. Die Nachrichten aus dem Persischen Golf und auch aus Litauen – auf das zweite Thema werde ich dann später noch kurz eingehen – haben mir nämlich klargemacht, daß solche geschichtsphilosophischen Betrachtungen angesichts der elementaren Bedrohungen, denen wir alle ausgesetzt werden, etwas schönggeistig wirken könnten. Ich glaube, daß wir es uns nicht mehr leisten können, mit Hilfe von Europadeklarationen und Europadeklamationen all diese Probleme – zum Teil ganz dramatische Probleme – auf die lange Bank zu schieben. Es gibt zwar immer noch erhebliche Wissensdefizite zwischen den beiden bis vor kurzem getrennten Teilen Europas, aber es gibt vor allem ein gravierendes Defizit, nämlich das Handlungsdefizit. In Europa kann nicht einfach langsam zusammenwachsen, was – wie ich glaube – zusammengehört, denn es wurde ja 40 Jahre lang auseinanderentwickelt, es wurde auseinandergerissen, mit großem Machteinsatz. Und deshalb muß, glaube ich, was zusammengehört, zusammengeführt werden mit einem mindestens vergleichbaren Einsatz, mit einer mindestens vergleichbaren Anstrengung. Dem weltgeschichtlichen Prozeß kann man diese Aufgabe nicht überlassen, denn er hat ja keine eigene Macht, sondern nur die der handelnden Menschen. Viele von meinen Landsleuten betrachten die sogenannte „Rückkehr“ nach Europa, d. h. die in Aussicht gestellte Einigung Europas als einen Akt historischer Gerechtigkeit, die der Westen ihnen schuldig sei, weil er sie in der Vergangenheit so oft abgeschrieben, so oft im Stich gelassen habe.

Ich halte das, ganz ehrlich gesagt, für keine überzeugende, d. h. vor allem keine sehr wirksame Begründung. Mit dieser Überzeugung kann man diskutieren, aber es ist keine wirksame Begründung. Ich glaube auch nicht, daß es viel Sinn hat, den westlichen europäischen Verwandten immer wieder ins Gewissen zu rufen, daß wir es doch waren, d. h. die polnische Solidarität, die den Weg zu Veränderungen in Europa und damit auch zu der deutschen Einheit weitgehend freigemacht hat. Ich glaube aber durchaus, daß es Sinn hat, von gegenseitigen Abhängigkeiten und von Wechselwirkungen in Europa zu sprechen. Und nur in diesem Sinne erkenne ich z. B. einen Zusammenhang zwischen der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung in Polen im Oktober 1989 und der Entwicklung um den Zusammenbruch des stalinistischen Systems in der alten DDR. Der Machtwechsel in Polen war nämlich für alle Völker der Region ein deutliches, ein klares Signal, daß die Zeit reif war für den Übergang von kontestrierender Opposition zur Regierungsübernahme. Wenige Wochen später riefen die Demonstranten in Leipzig: „Wir sind ein Volk“.

Diese Wechselbeziehung zwischen dem mittelosteuropäischen Freiheitsprozeß, der Reformpolitik in der UDSSR und der deutschen Einheit ist für mich aus polnischer Sicht besonders betonenswert, weil sie den gesamteuropäischen Kontext der deutschen Einheit zeigt.

Es konnte nicht im Interesse Polens sein, daß die deutsche Vereinigung ein isolierter Prozeß wäre, weil dadurch die Chance der Wiederherstellung der europäischen Einheit für lange vertan wäre.

Daß ein solcher isolierter Weg nicht nur Polen und nicht nur den westlichen Nachbarn Deutschlands, sondern auch Deutschland selbst schaden würde, das hat kein anderer als der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits in den 50er Jahren erkannt. Und er hat daraus die notwendigen und richtigen Schlußfolgerungen gezogen.

Und genauso wie viele Deutsche bin ich heute darüber froh, daß dieser Prozeß der deutschen Einigung die von Adenauer entworfenen und zum größten Teil auch geschaffenen politischen Grundlagen der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt, sondern eher bestätigt und gefestigt hat. Ich denke dabei nicht nur an die freiheitliche Demokratie der Bundesrepublik und nicht nur an die soziale Marktwirtschaft, sondern denke dabei auch an die europäische und atlantische Integration der Bundesrepublik.

Denn Deutschlands Einbindung in den Integrationsstrukturen ist zwar noch keine Erfolgsgarantie für den europäischen Einigungsprozeß, aber sie ist sicherlich die notwendige Voraussetzung dafür. Auch deshalb, und vielleicht vor allem deshalb hat die polnische Regierung auf die noch vor etwa einem Jahr so umstrittene Frage, ob das vereinigte Deutschland denn Nato-Mitglied sein sollte, mit einem klaren Ja geantwortet, von Anfang an. Immerhin sagte das die Regierung eines Warschauer-Pakt-Staates – man könnte sagen, eine merkwürdige Selbstverleugung. Doch diese Haltung drückte nicht nur die verständliche Distanz zu dem aufgezwungenen östlichen Pakt aus, sondern auch die Überzeugung, daß die westlichen Strukturen notwendige Kristallisationspunkte des sich einigenden Europas sind.

Sie haben sich bewährt. Sie funktionieren, während die alternativen Modelle mehr oder weniger immer noch über den europäischen Raritäten schweben.

Eines von solchen alternativen Denkmodellen hat sich besonders weit von der Wirklichkeit Europas abgehoben, es ist die Idee Mitteleuropas. Sie hat viele Varianten. Manche von ihnen könnten sogar kulturell intellektuell anregend sein, wenn sie keinen großen politischen Inhalt haben. Einige sind aber riskant; gefährlich, vor allem dann, wenn sie auch deutsche Beteiligung vorsehen.

Der Mitteleuropa-Gedanke erfreute sich in einigen Ländern meiner Region, vor allem in der Tschechoslowakei, in Ungarn, zum Teil, aber weniger, auch in Polen, vor Jahren einer gewissen Beliebtheit. Ich glaube, ich verstehe den Grund dafür. Dieser Mitteleuropa-Gedanke hatte eine Alibi-Funktion. Er drückte die Sehnsucht nach Freiheit, die Sehnsucht nach Demokratie aus, aber auf eine – kann man sagen – politisch unverbindliche Weise; und deshalb auf eine für die Machthaber erträglichere Weise.

In dem Begriff Mitteleuropa schien nämlich der Ost-West-Gegensatz aufgehoben werden zu können; freilich außerhalb des politischen Raumes in einem ideellen Raum, aber immerhin. Die machtpolitische Realität des Ostblocks entzog sich freilich dieser magischen Wirkung des Wortes. Und 1989 hat, glaube ich, Polen mit der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung bewiesen, daß das Problem der Freiheit einfach offen und beim Namen genannt werden kann. Und damit; spätestens damit; hat der Mitteleuropa-Gedanke seine Alibi-Funktion und, wie ich glaube, auch seine politische Attraktivität verloren.

Eine andere Frage ist Mitteleuropa als Kulturraum. Das will ich hier nicht diskutieren.

Diese Mitteleuropa-Idee wurde auch als eine Lösung des Problems der Stellung des vereinigten Deutschland in Europa abgelehnt. Mitteleuropa sollte – es gab ja solche Stimmen – Gott sei Dank nur vereinzelt, ein Kompromiß sein zwischen den widersprüchlichen Interessen des Ostens, (d. h. praktisch der Sowjetunion) und des Westens. Es wäre ein falscher Kompromiß gewesen, der nur Unruhe in die europäische Politik gebracht hätte.

Mit der Vollendung der deutschen Einheit erscheint die Frage der Stellung Polens in Europa in einem ganz neuen Licht. Polen liegt nicht mehr zwischen Deutschland und Rußland, sondern zwischen dem zerfallenden sowjetischen Imperium und der europäischen Gemeinschaft. So hat es ein polnischer Autor beschrieben.

Freilich bleibt Rußland – ich spreche hier von Rußland – bei allen Krisenerscheinungen, bei allen Schwierigkeiten eine Großmacht, die vor allem von ihren Nachbarn respektiert werden muß. Der von mir zitierte Satz soll also besagen, daß Polen nicht wie früher das kleinere Übel suchen muß zwischen Deutschland und Rußland und daß damit eine neue Situation entstanden ist. Und wenn man sagt, daß Polen zwischen dem zerfallenden östlichen Imperium und der europäischen Gemeinschaft liegt, dann ist das nur die Beschreibung des jetzigen Zustands, aber nicht eine Definition der neuen, der gewollten, der gewünschten Stellung Polens in Europa. Polen will nicht dazwischen liegen, dazwischen bleiben, als eine Art Pufferzone, wie es manchmal im Westen angeboten wird.

Ich glaube, das ist nicht zeitgemäß. Im politischen Jargon Deutschlands würde man wohl sagen, das paßt nicht in die Landschaft. Dieses bismarckianisch-politische Konzept ist nicht nur deshalb falsch, weil es an den Ansprüchen eines 40 Millionen Volkes vorbeigeht. Es ist vor allem auch falsch, weil es seine Funktionen gar nicht erfüllen könnte. Pufferzonen sollen ja stabilisierende Wirkung haben, aber das ist eine Aufgabe, die im heutigen Europa – davon bin ich überzeugt – nur eine Integrationsgemeinschaft erfüllen kann, und nicht ein einzelnes, isoliertes, mittelgroßes, wirtschaftlich angeschlagenes Land.

Die Pufferzone – das suggeriert auch eine Abgrenzung von einem der Partner, in diesem Falle von dem östlichen Nachbarn. Auch das halte ich für eine eher falsche Zielsetzung. Stabilisierung kann nicht auf Abgrenzung beruhen. Vielmehr müssen auch die politischen und von Krisen geschüttelten Länder östlich von Polen und in Südosteuropa die Möglichkeit haben, an der europäischen Politik beteiligt zu sein oder in die europäische Politik einbezogen zu werden, weil eben das eine stabilisierende Wirkung haben kann.

Pufferzone ist auch weder ein politisches, noch ein sicherheitspolitisches Rezept für Europa. Dabei werden die in weitem Sinne sicherheitspolitischen Fragen in Europa möglicherweise im Mittelpunkt der europäischen Entwicklung stehen. Sowohl die Golfkrise als auch die Instabilitäten in der Sowjetunion und in Südosteuropa stellen uns alle vor neue Fragen. Eine Politik des business as usual kann diese Fragen nicht lösen.

Für Polen ist der jetzige Zustand, wie ich erwähnte, also als ein Übergangsstadium, aber nicht als vielmehr annehmbar. Von den sowjetisch dominierten Strukturen des Warschauer-Paktes und der RGW verabschiedete sich Polen, ohne ihnen auch nur eine Träne nachzuweinen. Aber dadurch ist noch keine Antwort auf die Frage, wie soll Polen künftig seine Sicherheit und seine Stellung in Europa ausfüllen, gefallen. Sicherheitspolitik kann dabei, glaube ich, nicht auf die militärpolitische Dimension reduziert werden.

Derweil hat Polen zwar auch den Wunsch nach einer Annäherung an die Nato geäußert, und das ist ein ernstgemeinter Wunsch. Aber auch die Europäische Gemeinschaft hat eine sicherheitspolitische Funktion; auch aus der Sicht Polens. Wirtschaftliche Prosperität ist ein besserer Schutz gegen Instabilitäten, als Militäreinrichtungen.

Die Europäische Gemeinschaft wurde früher von der polnischen Propaganda oft als gemeinsamer Markt in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Damit sollte ihr ihre Anziehungskraft genommen werden. Das ist erfolglos geblieben. Die Europäische Gemeinschaft hat eine enorme Anziehungskraft. Diese Anziehungskraft hat sich erhöht, obwohl – das sage ich ganz offen – das praktische Wissen über das Funktionieren der europäischen Gemeinschaft nicht gerade sehr verbreitet ist.

Ich glaube aber trotzdem, daß die Grundidee verstanden wird, daß das Modell der Integration ja auch im gewissen Sinne ein Lebensmodell in einer Gemeinschaft mit offenen Grenzen ist, in einer Gemeinschaft, wo die nationalstaatlichen Kompetenzen überschritten oder gar aufgehoben werden. Ich glaube, das alles stößt auf Sympathie, weckt Interesse und Bewunderung.

Die europäische Identität Polens, seine Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft, werden fast immer erkannt und anerkannt, doch gleichzeitig wird auch zu Recht

auf die wirtschaftliche Rückständigkeit hingewiesen und auf die gewissen Schwächen der politischen Demokratie. Diese Vorbehalte stimmen. Welche Schwierigkeiten das Fehlen der EG-kompatiblen Strukturen mit sich bringt, das können Sie jeden Tag in der ehemaligen DDR studieren, und doch bin ich überzeugt, daß diejenigen Recht haben, die meinen, daß in fünf Jahren etwa die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr so auffallen werden oder gar nicht mehr deutlich erkennbar werden. Ich sage das, weil mir das bewußt macht, daß die Folgen der Auseinanderentwicklung in Europa – so schwierig sie sein mögen – nicht unüberwindbar sind. Daß sie schnell überwunden werden, ist vor allem davon abhängig, welche Anstrengungen vorgenommen werden. Notwendig ist freilich vor allem auch eine eigene Anstrengung, nicht nur eine äußere Anstrengung. Aber nur dem Freiherrn von Münchhausen ist es gelungen, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf herauszuziehen und das wird den Völkern in Mitteleuropa wohl nicht gelingen.

So wie im Falle Griechenlands und Portugals wird die Entscheidung über die Aufnahme der drei sogenannten Reformländer Polen, Tscheschoslowakei und Ungarn vor allem als eine politische Entscheidung getroffen werden müssen. Diese drei Länder, Polen, Ungarn und Tscheschoslowakei können auf die Region, zu der sie gehören oder an die sie grenzen, einen stabilisierenden Einfluß ausüben. Sie können Stabilität ausstrahlen; freilich nur dann, wenn sie selbst stabil sind, wirtschaftlich wie auch politisch.

Manchem von meinen Landsleuten schien, daß diese drei Länder eine Art Erfahrung, wenn nicht gar Schicksalsgemeinschaft bilden könnten nach den 40 Jahren des Kommunismus. Der Gedanke stieß aber zunächst eher auf Abneigung, auf Ablehnung in großen Teilen der Bevölkerung, vor allem in der Tscheschoslowakei, in Ungarn eigentlich auch. In Polen weniger, aber es müssen ja alle drei wollen, damit es klappt.

Die Menschen, die das ablehnten, wollten von ihren ehemaligen Brudervölkern auf der Flucht aus dem Ostblock nicht begleitet werden. Vielmehr stellten sie die Frage, ob denn drei Fußverletzte schneller laufen könnten, wenn sie sich zusammenschließen. Es entstand aber dadurch eine Art Wettrennen-Mentalität, wobei das Ziel aller drei Länder gleich war, das war die Europäische Gemeinschaft.

Es gibt inzwischen Anzeichen dafür, daß über die Möglichkeit einer gemeinsamen engeren Kooperation neu nachgedacht wird in den drei Ländern, d. h. insbesondere in Prag und in Ungarn. Polen stand der Idee immer viel aufgeschlossener gegenüber. Möglicherweise sind die heutigen Beratungen nüchterner, aber dadurch auch realistischer als noch vor einem Jahr. Auf jeden Fall wäre diese trilaterale Zusammenarbeit der drei Länder keine Alternative, sondern eine Ergänzung für die von allen drei angestrebte Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft.

Gewisse Befürchtungen weckt bei den Antragstellern die für das Jahr 1994 geplante Vertiefung der Gemeinschaft. Die Sorgen sind nicht ganz unberechtigt, wird doch dadurch im gewissen Sinne die Distanz zwischen den 12-EG-Partnern und den neuen Bewerbern noch größer. Trotzdem glaube ich nicht, daß die Vertiefung eine Alternative für die Ergänzung der Europäischen Gemeinschaft ist.

Beide Ziele erscheinen mir vielmehr gleichermaßen notwendig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Ich halte es gerade angesichts der neuen weltpolitischen Ent-

wicklung, der neuen weltpolitischen Herausforderungen, für politisch klug, die Gemeinschaft wirtschaftlich wie auch vor allem politisch zu festigen und ihr dadurch mehr Handlungsfähigkeit zu verleihen. Denn so verstehe ich den Sinn der Idee und nicht etwa so, daß die Gemeinschaft eine Insel der Glückseligen werden will und werden soll, die sich durch ihren Schulteranschluß noch wirksamer oder besser von der lästigen Umgebung distanzieren und abgrenzen kann. Ich glaube, das ist nicht der Sinn der Vertiefung. Es wäre wünschenswert, daß diese engere Integration mit dem Erweiterungsprozeß synchronisiert wird und daß dadurch eben diese Sorge, daß die Vertiefung ein Feind der Ergänzung sei, aufgehoben wird.

Ich denke dabei freilich nicht an die Erweiterung, d. h. an die Aufnahme der drei von mir genannten Länder von heute auf morgen. Ich glaube aber, daß das Ziel in nicht allzuferne Zukunft rücken darf. Dann verlöre nämlich die Option ihre wichtige stabilisierende oder, man könnte sagen, disziplinierende Funktion, disziplinierende Kraft.

Es darf kein Teufelskreis entstehen. Ich muß draußen bleiben, weil ich nicht aufnahmereif bin, aber ich bin nicht aufnahmereif, weil ich draußen bleibe. Die vorgesehene Assoziation, die Verhandlungen darüber laufen, wird ein wichtiger Schritt hin zu und in die Gemeinschaft sein. Aber die Reihenfolge der nächsten Schritte sollte auch schon heute möglichst präzise bestimmt werden. Und die Beitrittsoption sollte, glaube ich, in dem Assoziationsvertrag festgeschrieben werden. Ich meine, eine Option, keine Garantie, das ist völlig selbstverständlich für mich.

Der Annäherungs- und der Aufnahme-prozeß werden sicherlich nicht in allen Bereichen mit gleichem Tempo vorankommen. Er könnte, das könnte ich mir vorstellen, im politischen Bereich schneller verlaufen. Es gibt zwischen Polen und den EG-Partnern so gut wie keine Interessenwidersprüche. Das zeigt sich nicht zuletzt auch heute in der Nahostpolitik, in der Einstellung zur Golfkrise. Polen hat den UN-Resolutionen nicht nur moralische Unterstützung gewährt, sondern Polen leistet auch einen praktischen Beitrag, da es zwei Lazarett-schiffe entsandt hat, mit dem es medizinisches Personal in die Golfregion entsandt hat.

Nichts steht, glaube ich, einer viel engeren politischen Annäherung Polens sowohl mit der EG als auch mit den westlichen Sicherheitsstrukturen im Wege. Niemand könnte sich heute dadurch gefährdet fühlen. Auch im Osten richtet sich die polnische Politik weder gegen die Sowjetunion als ganzes, noch gegen irgendeines der Völker, die sich um eine Emanzipation in der Sowjetunion bemühen. Der einzige Feind ist die Instabilität und ihr, glaube ich, kann man sich nur durch eine solidarische Gemeinschaft widersetzen. Und hier will ich ein paar Bemerkungen machen über Polens Ostpolitik, über die Konsequenzen, die sich aus der Situation in Litauen, in der Sowjetunion überhaupt ergeben.

Polen als direkter Nachbar wird den Folgen der Entwicklung in der Sowjetunion am schnellsten ausgesetzt. Polen hat dabei im vergangenen Jahr eine sehr zurückhaltende Politik betrieben, eine Politik, die auch das Ziel hatte, Gorbatschow nicht in den Rücken zu fallen. Und deshalb war diese Politik oft in ihrer Darstellung nach außen eben zurückhaltend. Das gilt z. B. für die Frage des Warschauer Paktes. Polen hat seit längerer Zeit sehr deutlich gemacht, daß der Warschauer Pakt keine Zukunft hat, daß

der Warschauer Pakt aufgelöst werden muß, wenn auch in einem geordneten Prozeß. Polen hat daraus kein großes Thema in der öffentlichen Diskussion gemacht. Eben aus der Überlegung heraus, daß es die Entwicklung in Moskau nicht begünstigen würde.

Polen versucht heute eine zweigleisige Politik zu betreiben in der Sowjetunion, eine Politik, die sich einmal auf der Ebene, wo die Sowjetunion der Partner ist, bewegt, aber gleichzeitig eine Politik, die sich direkt an die Republiken wendet, vor allem an die Nachbarn Polens, an die Ukraine, an Weißrußland, an die Baltischen Republiken, wobei ich hier gar nicht leugnen will, daß es da Probleme gibt. Das ist z.B. deutlich geworden, als der polnische Außenminister Skubiszewski vor einigen Monaten seine Reise in die UDSSR machte und sein Angebot, ein Abkommen zu unterzeichnen, in dem die Grundlagen der neuen Beziehungen festgeschrieben würden, in der Hauptstadt der weißrussischen Republik auf Ablehnung gestoßen ist. Es gibt dort zwar keine starken mehr, aber doch einflußreiche Kräfte, die nicht bereit sind, auch in einem solchen Vertrag die Grenze Polens zu akzeptieren. Ich werde ab und zu umgekehrt gefragt, ob denn in Polen nicht die Forderung nach einer Revision, möglicherweise der polnischen Ostgrenze gestellt wird. Es wäre vielleicht gar nicht verwunderlich. Dieses Thema ist 40 Jahre lang unterdrückt worden. Es gehört ja heute zu den Begleiterscheinungen der Öffnungen in Mittel- und Osteuropa, daß alle solchen unterdrückten Themen jetzt explodieren. Dieses Thema explodiert nicht. Es ist in Polen kein politisches Thema. Aber auf der anderen Seite der Grenze wird es von manchen, einer Minderheit, als Thema gesehen.

Ein anderes Thema ist die Entwicklung Litauens. Das, was als Emanzipationsbewegung angesehen wird, hat auch in Polen seine Nebenwirkungen und wird z.B. von der polnischen Minderheit, die in Litauen lebt, als eine nationalistische Bedrohung empfunden. Und es ist richtig, daß in Litauen Polen kein Erfolg hat mit der Forderung nach Minderheitenrechten für die dort lebenden Polen. Auf der anderen Seite sucht manchmal die polnische Minderheit, oder Teile der polnischen Minderheit Rückendeckung oder Unterstützung bei den in Litauen lebenden Russen, was wiederum die Vorbehalte der Litauer noch bestärkt, noch festigt. Das eine ist schwer von dem anderen auseinanderzuhalten. Es gibt sogar, und das gehört auch zu diesem Prozeß, die Forderung der polnischen Minderheit in Litauen nach einer vollen Autonomie. Diese Forderung wird von Polen, von Warschau nicht unterstützt. Sie wird abgelehnt, weil man in Polen und Warschau glaubt, daß das keine richtige Antwort auf die Probleme ist und es vor allem um die Minderheitenrechte gehen muß, um die Möglichkeit, die Sprache zu entfalten, die Kultur zu entwickeln, aber nicht um die Bildung irgendwelcher Enklaven. Der nächste Schritt wäre die Verschiebung der Grenzen, weil die ethnischen Verhältnisse nicht mit der Grenzziehung übereinstimmen. Damit würde man eine Lavine auslösen, die keiner mehr aufhalten kann.

So komme ich auf die Frage der Stabilität zurück und der Methode, den Instabilitäten entgegenzuwirken. Allein deutsches Engagement in der Region des Mittelosteuropa ist wohl keine ausreichende Antwort auf diese Herausforderungen. Es geht dabei vor allem darum, daß die Bundesrepublik nicht im Stande ist all die Lasten zu tragen. Es geht aber auch darum, daß obwohl Deutschlands starkes Engagement in der Region

gewünscht wird oder gar verlangt wird, es auf der anderen Seite auch Mißtrauen weckt, und zwar nicht nur in der Region selbst, sondern auch bei den westlichen Nachbarn Deutschlands. Das ist ja kein Geheimnis. Ich glaube, daß es keinen besseren Beweis dafür gibt, daß Deutschland keine Präsenz in Mitteleuropa unter rein nationalstaatlichen Vorzeichen anstrebt, als die Bereitschaft Deutschlands die Bemühungen Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns um die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft zu unterstützen. Ich sehe gerade darin eben eine klare Absage an die Maßstäbe der nationalstaatlichen Politik, die insbesondere in Mittelosteuropa und in Osteuropa Mißtrauen weckt. Und ich bin sicher, daß die von der Bundesrepublik Deutschland als Absicht unterstützte Aufnahme Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns in die Europäische Gemeinschaft die sicherste Garantie dafür wäre, daß das von uns allen gewünschte Engagement Deutschlands einen europäischen und keinen nationalstaatlichen Charakter hat.

Ich bin überzeugt und damit will ich abschließen, daß der französische Präsident de Gaulle Recht hatte, indem er sagte, daß Völker ihre Geografie nicht ändern können, aber daß sie ihre Regierungspolitik ändern können und daß das in Westeuropa, z. B. zwischen Deutschland und Frankreich gelungen ist, macht mir Mut und läßt mich hoffen, daß das auch in Mitteleuropa zwischen Deutschland und Polen, zwischen Deutschland und den anderen Nachbarn möglich wird.